

BUCHBESPRECHUNGEN

Elitz, Ernst: *Ich bleibe dann mal hier. Eine deutsche Heimatkunde.*
(Bernd M. Malunat)..... 104

Heimes, Claus: *Politik und Transzendenz. Ordnungsdenken bei Carl Schmitt und Eric Voegelin.*
(Daniel Hitschler)..... 105

Mayntz, Renate: *Über Governance. Institutionen und Prozesse politischer Regelung.*
(Helge F. Jani)..... 107

Mehring, Reinhard: *Carl Schmitt. Aufstieg und Fall. Eine Biographie* und
Müller, Jan-Werner: *Ein gefährlicher Geist. Carl Schmitts Wirkung in Europa.*
(Armin Pfahl-Traughber)..... 108

Oppermann, Klaus: *Raymond Aron und Deutschland. Die Verteidigung der Freiheit und das Problem des Totalitarismus.*
(Hans-Christof Kraus)..... 109

Schläger, Philipp: *Der entzauberte Präsident. Barack Obama und seine Politik.*
(Manfred Brocke)..... 111

Schneider, Jan: *Modernes Regieren und Konsens. Kommissionen und Beratungsregime in der deutschen Migrationspolitik.*
(Peter Schimany)..... 111

Taylor, Charles: *Ein säkulares Zeitalter.*
(Karl-Heinz Nusser)..... 113

Winkler, Heinrich August: *Geschichte des Westens. Von den Anfängen in der Antike bis zum 20. Jahrhundert.*
(Armin Pfahl-Traughber)..... 116

Zastrow, Volker: *Die Vier. Eine Intrige.*
(Harald Bergsdorf)..... 118

Ernst ELITZ: *Ich bleibe dann mal hier. Eine deutsche Heimatkunde.*, C. H. Beck, München 2009
(Beck'sche Reihe 1922), 220 Seiten, 12,95 €

Es ist zum Davonlaufen angesichts all der Probleme, die sich über Deutschland auftürmen. Ein Bundespräsident, kürzlich erst wiedergewählt, hat es vorgemacht; statt die Kraft des hohen Amtes zu nutzen, wie es sein Ruck-Vorgänger versuchte, hat er die Flinte ins Korn geworfen und sich aufs Altenteil verzogen. Nicht so Ernst Elitz. »Ich bleib dann mal hier«, hat er sich aufgeschrieben, um den Augias-Stall der Fehlentwicklungen auszumisten; eine herkuleische Aufgabe, die er mit spitzer Feder zumindest rhetorisch angeht.

Mit scharfem Blick und klaren, stets wohl gewählten Worten geißelt er, was falsch läuft in diesem Land, in der Gesellschaft, in der Politik und in sehr vielen Bereichen des alltäglichen Lebens. Die Wirtschaft gerät dabei zwar etwas kurz, dafür zeigt Elitz aber alternative Verhalten- und Handlungsweisen auf, die so manches – oft ziemlich einfach – ändern, verbessern würden.

In ausgerechnet neunzehn Kapiteln beleuchtet der durch jahrzehntelange Arbeit bei Zeitung, Rundfunk und Fernsehen abgebrühte, zugleich aber sensibilisierte Journalist kleinere, zumeist aber die größeren Beeinträchtigungen, die unseren Alltag oft so schwer erträglich werden lassen. Es bleibt fast kein Bereich ausgenommen, über den man sich ärgern kann, ärgern muss, jedenfalls aber ärgern sollte. So endet dann auch die im Ärger lustvoll verfasste Schrift: Mit dem Appell sich aufzuregen und das – bei passender Gelegenheit – auch vorzutragen, aber auch mit dem Wunsch, der »Tugend der Vergebung« nachzukommen, wenn dazu Anlass besteht.

Zusammengefasst: Ernst Elitz sagt endlich einmal in aller Klarheit, was wohl einem Gutteil des kritisch zuschenden und zuhörenden Teils der Gesellschaft auf der Seele brennt! Dabei muss man keineswegs allem zustimmen. Manches erscheint übertrieben, zugespitzt, polemisch, der Lust an der Kritik geschuldet oder auch von persönlichen Abneigungen bestimmt. Aber selbst dies lässt sich lustvoll lesen, weil es nicht dogmatisch daherkommt, sondern mit einer kräftigen Portion Iro-

nie, die dem Leser jenes Vergnügen bereitet, das er Autor bei der Abfassung seiner ernsthaften Spott-Schrift empfunden haben mag.

Bernd M. Malunat

Claus HEIMES: Politik und Transzendenz. Ordnungsdenken bei Carl Schmitt und Eric Voegelin, Duncker & Humblot, Duncker & Humblot, Berlin 2009, 218 S., 68 €

Das Verhältnis von Politik und Religion ist seit jeher eine der zentralen Fragen der Politischen Philosophie, besonders seit der Entwicklung unserer westlichen Moderne, die sich in weiten Teilen als eine Loslösung von religiösen und metaphysischen Ordnungsvorstellungen versteht. Religion steht demnach heute bestenfalls noch neben der Politik, vorherrschend ist jedoch ein Verständnis von Religion und Politik als zwei voneinander unabhängigen Größen. Vor dem Hintergrund jüngster Ereignisse und Entwicklungen sei allerdings, so Claus Heimes, zumindest stellenweise eine Änderung in der Wahrnehmung dieses Verhältnisses spürbar und die Frage nach solchen Ordnungsvorstellungen, die einen Bezug zur Transzendenz aufweisen, könne aktuell wieder an Interesse gewinnen.

»Welche Interdependenz besteht nun zwischen den beiden Größen Politik und Religion?« (12). Um diese Frage zu beantworten unternimmt Heimes eine Gegenüberstellung der Schriften von Carl Schmitt und Eric Voegelin. Das Denken beider erscheint ihm durch einen »fundamentalen Sinnzusammenhang« als besonders geeignetes Beispiel, den Zusammenhang von Politik und Transzendenz – auf die das weite Feld der Religion reduziert wird – zu beleuchten. Denn, so Heimes' Forschungshypothese, »sowohl die Überzeugungen Schmitts als auch die Denkbewegungen Voegelins verweisen in ein intellektuelles und geistiges Zentrum, das nur im Zusammenhang mit der je eigenen Transzendenzorientierung verstanden werden kann. Beide Autoren verorten die Grundlage ihres – und gleichzeitig allen ernst zu nehmenden – Ordnungsdenkens im Jenseits.« (13) Die mit dieser Jenseitsorientierung verbundene »radikale Absage« an die Vorhaben einer innerweltlichen, positiven Ordnungssuche macht Heimes zunächst anhand der Kritik beider an der positivistischen

Staatslehre deutlich. Voegelin stellt dem als inhaltsleer kritisierten Positivismus die Vorstellung eines Kosmos entgegen, als eine durch politische Ideen fundierte Sinneinheit. Durch sein berühmtes Diktum »Der Begriff des Staates setzt den Begriff des Politischen voraus« erhebt Schmitt gegenüber dem Rechtspositivismus das Politische zum Zentrum seines Staatsdenkens mit dem zentralen Begriff der Existenzform der politischen Einheit. Diese wiederum ist für ihn ohne eine sie begründende Idee nicht denkbar.

Schmitt und Voegelin stellen dem Rechtspositivismus allerdings nicht nur »eine andere Art des Formalismus entgegen« (42). Vielmehr versucht Heimes in einem weiteren Schritt die »Nervenbahnen des Ordnungsdenkens beider Autoren freizulegen« und damit den substantiellen Gehalt ihres Denkens.

Um zu den bestimmenden Ideen Schmitts vorzudringen, gilt es Heimes zunächst zu zeigen, dass dessen Verständnis des Politischen überhaupt erst einen Wertbezug aufweist. Dazu diskutiert er die berühmte Kritik von Karl Löwith, der Schmitt als einen »okkasionellen Dezisionisten« bezeichnet und dabei das Politische auf bloße wertfreie Entscheidung reduziert. Löwiths Kritik, so Heimes zu recht, sei dabei jedoch »perspektivisch verfehlt«, denn er verwechsle die Ebenen von Sein und Sollen. Identifiziert Schmitt den bürgerlichen Individualismus und den diesem entspringenden Rechtspositivismus nämlich als einer substantiellen Rechtsidee entbehrend, so dürfe diese Diagnose der geistigen Situation seiner Zeit nicht als eine normative Forderung verklärt werden: »Schmitt beobachtet den Wertrelativismus einer entzauberten Welt, Löwith zeiht ihn der Apologie dessen.« (56) Das Politische selbst ist jedoch als Kriterium, als »Formprinzip« zunächst nicht unmittelbar wertbesetzt. Als Möglichkeit vermag es jedoch nur solche Einheiten zu betreffen, die sich um Ideen und Werte konstituieren. Um zu dem »nicht hintergehbaren Punkt« in Schmitts Denken zu gelangen, müssen wir weiter die hinter dem Politischen verborgene Systematik erkennen können, die ihm als motivierendes Zentrum dient. Dies führt Heimes zu einer Figur der christlichen Geschichtsphilosophie, dem *katechon*. Demnach ist die Zeit zwischen Schöpfung und jüngstem Gericht eine »Zwischen-Zeit«, geprägt von stetigen Versuchen des Antichristen, seine Herrschaft auf Erden zu erlangen. Dem *katechon* kommt dabei die Aufgabe zu,

als Aufhalter den Versuchen des Satans entgegen zu wirken. Mit dieser Vorstellung ist die Einsicht verbunden, dass – solange das Jüngste Gericht noch nicht eingetreten ist – das Ringen zwischen weltlichen Kräften mit dem Antichristen nicht zu entscheiden ist; vielmehr ist die Zwischen-Zeit durch ständig aufbrechende Konflikte gekennzeichnet, der immerwährenden Möglichkeit des Politischen. Schmitts Unterscheidung zwischen Freund und Feind findet hier ihren Ursprung: »Das Politische [...] ist als analogon des katechontischen Raumes zu betrachten.« (106) Jeder Versuch, dies zu bestreiten – etwa durch Bestrebungen des Liberalismus, das Politische zu leugnen oder das Versprechen marxistischer Eschatologie – spielt demnach dem Satan in die Hände und muss seinerseits bekämpft werden, will die christliche Geschichte fortgeführt werden. Sind für Schmitt die Werte und Ideen des Politischen prinzipiell kontingent, so ist der Ursprung der immerwährenden Möglichkeit des Freund-Feind-Kriteriums in Schmitts Glauben an die christliche Geschichtsphilosophie zu suchen.

Voegelins Gegenentwurf zum Positivismus ist das Projekt einer »Ordnungswissenschaft vor platonisch-aristotelischem Hintergrund« (77). Diese ist gekennzeichnet durch Transzendenzerfahrungen, die von den politischen Sinneinheiten in ein Ordnungsgefüge symbolisch hypostasiert werden. Die Wissenschaft der Politik stellt sich demzufolge zunächst die Frage nach der Selbstartikulation der politischen Gemeinschaften anhand der geschichtlich beobachtbaren Ordnungssymbole. Ihr eigentliches Erkenntnisinteresse liegt jedoch hinter diesen Symbolen, nämlich in jenen Ordnungserfahrungen, die diese erst begründen. In ihnen liegen Zeugnisse der Wahrheitssuche nach dem Sinn menschlicher Existenz verborgen. Subjekt dieser Ordnungserfahrungen ist für Voegelin der zur Transzendenz hin offene Mensch. Erst die Teilhabe und die Nachahmung der durch diese Öffnung erfahrenen kosmischen Schöpfung Gottes ermöglicht die Errichtung menschlicher Ordnung. Andere Ordnungsgrundlagen sind für Voegelin ausgeschlossen. Im *metaxy*, dem Zwischenbereich zweier Pole – dem Bewegtwenden von göttlicher Seite und dem Suchen der menschlichen Seite – finden wir den angemessenen Ort unserer Suche: »Nur dort kann existentielle Ordnung erfahren werden« (94). Geschichte wird damit zu einem »göttlich-menschlichen Prozess«.

Die durch Annäherung an das Göttliche gewonnene Ordnungsgrammatik von Schmitt und Voegelin darf jedoch keinesfalls als ein Immanentisierungsversuch von Offenbarungswissen missverstanden werden. Vielmehr gilt: »Die Grammatik der Ordnung kann [...] keine bestimmte Ordnung als unbedingt legitimieren, gleichwohl vermag sie es, bestimmte Ordnungen total zu delegitimieren« (122), nämlich jene, die jeden Bezug zur Transzendenz aufgeben. Damit lässt sich für die beiden Denker die Geschichte des Westens als eine Verfalls geschichte begreifen, geprägt durch die stetige Abkehr von wahrer Ordnung. Als exemplarisch für diese Immanentisierungsunternehmen führt Heimes die Interpretationen Schmitts und Voegelins von Joachim von Fiore und Thomas Hobbes an.

Die Untersuchung endet mit der Darstellung der spezifischen Rollen, die Schmitt und Voegelin angesichts ihrer Diagnosen als Wissenschaftler innerhalb der Moderne einnehmen, also damit, wie sie den Verfallsphänomenen jeweils begegnen. Für Voegelin ist die Praxis auf seine Tätigkeit als akademischer Lehrer beschränkt. Weit entfernt von Versuchen in das politische Tagesgeschäft als Berater oder Kommentator einzugreifen, bleibt ihm einzig die geistige Erziehung. Die Förderung zur Offenheit gegenüber transzender Wahrheit ist die Möglichkeit, die von ihm gewünschte »Revolution des Geistes« zu verwirklichen. Schmitt dagegen versteht sich als ein »wissenschaftlich tätiger Jurist«. Als solcher bewegt er sich zwischen zwei Polen: Auf der einen Seite steht die durch den *katechon* geprägte transzendentale Ordnungssystematik, auf der anderen Seite sieht er sich mit Rechtsgefügen, Macht und Politik seiner Gegenwart konfrontiert. Erstere in letztere zu integrieren ist nach Schmitts Auffassung Möglichkeit und auch Aufgabe des Juristen. Heimes warnt aber vor den Versuchen, Schmitt zu einem »Gestalter der Umstände« zu erheben, vielmehr sei er »Gestalter unter den Umständen«. Mit dieser Unterscheidung zwischen dem Philosophen Voegelin und dem Juristen Schmitt sei es dann auch verständlicher und leichter zu begreifen, weshalb der Nationalsozialismus den einen zum Emigranten und den anderen zum Kollaborateur werden ließ.

Bei allen Ähnlichkeiten, die *katechon* und *metaxy* in ihrem Verhältnis zur Transzendenz aufweisen, dürfen gewichtige Unterschiede jedoch nicht übersehen werden: Voegelin ist offen gegen-

über jeder Art transzendornter Ordnungserfahrung und schließt besonders auch die antike Ontologie mit ein. Schmitt dagegen bleibt stets auf seinen Katholizismus beschränkt. Ihm geht es um eine Begründung seines Kriteriums des Politischen, keinesfalls um die Suche nach wahrer Ordnung. Für eine Erneuerung normativ-ontologischer Politikwissenschaft nach Voegelins Vorstellung ist er kaum zu gewinnen. Dieser hat ihn dafür schon früh kritisiert, besonders Schmitts Tendenz, einem immanenten Standpunkt nachzugeben und seine politische Realität nicht verlassen zu wollen. Umgekehrt fällt Schmitt, wie er in einem Brief selbst schreibt, seit Ende der 50er Jahre »zu Voegelin nichts mehr ein«.

Die von Heimes nachgezeichneten Parallelen sind insgesamt und notwendigerweise bewusst allgemein gehalten. Nur dadurch kann es ihm gelingen, für beide Denker auf diesem Gebiet wenigstens einen kleinen gemeinsamen Nenner nachzuweisen, von dem aus beide ihre unterschiedlichen Wege einschlagen. Dieser Kern scheint jedoch weniger das Ergebnis eines gemeinsamen Unternehmens transzendornter Ordnungswissenschaft zu sein, als vielmehr ein weiterer »Dialog unter Abwesenden«. Wer heute aber Ordnungsfragen zu stellen versucht, die abseits der positiv ausgerichteten Projekte liegen, kann in diesem Dialog durchaus fündig werden.

Daniel Hitschler

Renate MAYNTZ: Über Governance. Institutionen und Prozesse politischer Regelung, Schriften des MPI für Gesellschaftsforschung, Band 62, Campus Verlag, Frankfurt/New York 2009, 171 S., 24,90 €

Staatliche Handlungsfähigkeit gehört zu den unverzichtbaren Bedingungen für die erfolgreiche Lösung gesellschaftlicher Probleme. Die Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen und ihre Durchsetzung sind der Gradmesser für die Gestaltungsfähigkeit von Politik. Seit über drei Jahrzehnten gehören für Renate Mayntz die Folgen und Voraussetzungen staatlicher Problemlösung zu den zentralen Forschungsfragen. Ihre Arbeiten, die sie zusammen mit Fritz Scharpf zu Fragen der politischen Steuerung veröffentlicht hat, setzen bis heute Maßstäbe.

Vielfach steht das Konzept der politischen Steuerung heute im Schatten von Governance. Seine wachsende Attraktivität erklärt sich aus dem Perspektivenreichtum, der sowohl Regieren in den Grenzen des Nationalstaates als auch jenseits des Staates erfassen kann. Dabei handelt es sich um ein ubiquitär verwendetes Großparadigma, das schillernd und mehrdeutig daherkommt und zugleich interpretationsoffen ist. Hinzu treten seine disziplinären Unterfälle, die die Erscheinungsformen staatlicher Regelung um eine soziologische und rechtswissenschaftliche Perspektive erweitern. Governance reflektiert die Ausweitung unterschiedlicher Regelungsformen gesellschaftlicher Sachverhalte und weist damit auch einen hohen Inklusivitätsgrad auf. Die ursprüngliche Theorie politischer Steuerung vermochte noch zwischen Steuerungssubjekt und Steuerungsobjekt zu unterscheiden. Mittlerweile ist dieses Subjekt jedoch kaum noch eindeutig zu bestimmen, da „Steuerungsadressaten“ (S. 9) an Problemlösungen beteiligt sind. Hierin zeigt sich das Verblassen des klassisch hierarchisch integrierten Staates, der sich politikfeldübergreifend zum Kooperationspartner gewandelt hat.

Damit tritt die Frage in den Vordergrund, welchen analytischen Zugewinn das Governance-Paradigma im Gegensatz zur Theorie politischer Steuerung anbieten kann. Der vorliegende Band versammelt Aufsätze über Governance, die bisher entweder noch nicht publiziert worden sind oder in anderen Zusammenhängen erschienen sind. Renate Mayntz unternimmt den Versuch, »ein vordringliches Paradigma durch die Anwendung auf immer neue Gegenstände zu erweitern, es aber zugleich kritisch zu reflektieren und auf seine Grenzen hinzuweisen« (S. 7).

Lange Zeit galt staatliche Steuerung primär als Prozess rationaler Problemlösung. Doch gerade darin sieht Renate Mayntz – wie einer der Aufsätze überschrieben ist – eine »Selektivität der steuerungstheoretischen Perspektive«. Damit wird suggeriert, dass das politisch-administrative System automatisch an der Behebung gesellschaftlicher Defizite interessiert sei, doch genau diese Annahme macht die Steuerungstheorie »krypto-normativ« (S. 31). An diesen Gedanken schließt ein Text an, der argumentiert, »dass der mit dem Leitbegriff Governance arbeitende analytische Ansatz eine andere Perspektive repräsentiert« (S. 42). Dieser Blick speist sich in erster Linie aus den Verände-

rungen moderner Staatlichkeit, die mit Regieren im Mehrebenensystem oder Regieren jenseits des traditionellen Nationalstaates umrissen werden. Zwar deuten sich hier Wandlungsprozesse etablierter staatlicher Strukturen an, doch handelt es sich dabei dennoch um »Formulierungen, an denen noch deutlich die Eierschalen des traditionellen (kontinentaleuropäischen) Staatsverständnisses haften« (S. 44). Der Staat erscheint nicht mehr als unitarische Regelungsinstanz, sondern als hochkomplexes Gebilde institutioneller Einheiten. Governance wirft damit Licht auf die Pluralisierung unterschiedlicher Koordinationsmodi und wird »als Gegenbegriff zu hierarchischer Steuerung« (S. 46) relevant. Neben der zunehmenden Komplexität dieser Regelungsformen treten mit Europäisierung und Globalisierung weitere Kräfte hinzu, die dem Governance-Paradigma Auftrieb geben. Internationale Organisationen sowie multinationale Vereinigungen reflektieren das Fehlen sowohl klarer Steuerungsobjekte als zweifelsfrei identifizierbarer Akteure auf der supranationalen Ebene. Dennoch findet politische Einflussnahme statt und es ist gerade die Governance-Theorie – die ihrerseits selbst konzeptioneller Weiterentwicklung unterliegt –, die neuartige Steuerungsarrangements »beyond hierarchies and networks« (S. 23) erfassen kann.

Dies ist nicht der Abgesang auf den Nationalstaat alter Prägung, auch wird damit nicht seine »Demontage« (S. 55) vollzogen. Viele der beobachtbaren Problemlagen sind für die Politik nicht neu; neu ist jedoch, dass mehr und mehr Probleme »in denationalisierten Handlungs- bzw. Funktionsystemen erzeugt werden« (S. 60). Nicht nur fehlt es dem Staat an direktem Zugriff auf die Problemverursacher, sondern hinzu kommt, dass »die Folgebereitschaft bzw. das Widerstands- und Umgehungspotential der Steuerungsadressaten« (S. 60) gewachsen sind.

Auf den ersten Blick ließe sich davon ausgehen, dass die Governance-Theorie die Theorie politischer Steuerung forschreibt. Doch liegt damit, wie Renate Mayntz hervorhebt, eben »keine einfache Fortentwicklung« (S. 42) vor. Wo Steuerung als »akteurszentriert« (S. 47) klassifizierbar ist, handelt es sich bei Governance um eine »institutionalistische« Theorie. Sie berücksichtigt Arrangements, die von Netzwerken, über Selbstverpflichtungen bis hin zu Verhandlungsarenen reichen. Renate Mayntz bezieht ihre konzeptionellen Ar-

beiten in den vorliegenden Aufsätzen auf unterschiedliche Politiksektoren: Technologiepolitik, die Organisation von Gemeinschaftsgütern und die pharmazeutische Industrie werden ebenso betrachtet wie die Terrorismusbekämpfung.

Durch die Betrachtung von Governance vor dem Hintergrund der Theorie politischer Steuerung wird zweierlei deutlich. Zum einen manifestiert sich hier der ungebrochene Nutzen der Steuerungstheorie; zum anderen können etliche blinde Flecken von Governance besser ausgeleuchtet werden. Wer ein besseres Verständnis davon bekommen möchte, warum staatliche Steuerung noch immer zum Kerninventar politikwissenschaftlicher Konzepte gehört und in welchem Verhältnis Governance dazu steht, der sollte diese Textsammlung lesen.

Helge F. Jani

*Reinhard MEHRING, Carl Schmitt. Aufstieg und Fall. Eine Biographie, München 2009 (C. H. Beck-Verlag), 750 S., geb., 29,90 € und
Jan-Werner MÜLLER, Ein gefährlicher Geist. Carl Schmitts Wirkung in Europa, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2009, 300 S., geb., 39,90 €*

Carl Schmitt gilt den Einen als innovativer politischer Denker und herausragender deutscher Staatsrechtler und den Anderen als »Kronjurist« der Nationalsozialisten und politischer Klassiker für Rechtsextremisten – wobei sich diese Urteile nicht widersprechen müssen. Regelmäßig kommen Neuerscheinungen zu seinem Leben und Werk auf dem Markt. Als ausführliche Biographie präsentierte sich das Werk *Carl Schmitt. Aufstieg und Fall*, das der in Heidelberg lehrende Politikwissenschaftler Reinhard Mehring vorgelegt hat. Er sucht darin »starke Wertungen und Rückprojektionen zu vermeiden und die offenen Möglichkeiten und Kontingenzen des Lebens gleichsam in Zeitlupe vorzuführen« (S. 14). In der Fülle des Stoffes könne man daher die starke These vermissen. Mehring gliedert seine Lebensbeschreibung in historisch-chronologischer Form, wobei er vier Stationen unterscheidet: den Aufstieg im Wilhelminismus, das Weimarer Leben und Werk, nationalsozialistisches Engagement und Enttäuschung sowie den langsamem Rückzug nach 1945.

Die Arbeit beeindruckt durch die Faktenfülle, hat Mehring doch mit seiner Biographie die bislang ausführlichste und detaillierteste Lebensbeschreibung des Staatsrechtlers vorgelegt. Detailliert schildert er persönliche, politische und wissenschaftliche Etappen auf dem Entwicklungsweg Schmitts – und geht im Unterschied zu anderen Intellektuellenbiographien auch ausführlich auf die Inhalte und Kontexte der Werke ein. Gleichwohl kommt diese ansonsten beeindruckende Arbeit nicht über eine Faktenauflistung hinaus, mangelt es doch an Einordnungen, Gewichtungen und Zusammenhängen. Nicht zufällig fehlt daher gegen Ende der Arbeit eine kritische Würdigung Schmitts. Zwar findet man entsprechende Aussagen hier und da im Text, so bei der abschließenden Kommentierung der NS-Ära (vgl. S. 436). Dies hätte aber ausführlicher und systematischer sein können. Mehring betont etwa, der Antisemitismus sei ein »ständiger Schatten von Schmitts Werk« (S. 82) gewesen, aber an einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit diesem Thema mangelt es.

Nicht eine Lebensbeschreibung, sondern eine Werkrezeption will der in Princeton lehrende Ideenhistoriker Jan-Werner Müller mit seiner Studie *Ein gefährlicher Geist. Carl Schmitts Wirkung in Europa* präsentieren. Es handele sich um ein Buch über die Bedeutung eines »Intellektuellen für das politische Denken und kulturelle Leben des zwanzigsten Jahrhunderts – und darüber, warum sein Denken für *so viele so viel, so viel Verschiedenes und so scheinbar Widersprüchliches* bedeutet hat« (S. 16). Nach einem kurzen biographischen und intellektuellen Portrait Schmitts folgt eine ganz Reihe von Rezeptionsgeschichten, welche den Kerninhalt des Buches ausmacht. Dabei steht die »Schmitt-Schule« (S. 86) als informeller Anhängerkreis im Zentrum des Interesses, zählten doch zu ihm bekannte und einflussreiche Intellektuelle und Wissenschaftler wie Rüdiger Altmann und Ernst-Wolfgang Böckenförde, Ernst Forsthoff und Hermann Lübbe, Armin Mohler und Joachim Ritter. Bewunderer fand Schmitt aber auch bei Anhängern der extremistischen Linken.

Diese Wirkungsgeschichte veranschaulicht Müller kenntnisreich und sachlich, ohne sich in apologetischem oder dramatisierendem Tonfall zu ergehen. Doch über weite Strecken kommt er nicht über eine Beschreibung hinaus. Nur hier und da verweist er auf den Antiliberalismus als bindende Grundlage der Schmitt-Rezeption, wobei einem

Teil seiner Schüler auch eine Akzeptanz der demokratischen Republik zugeschrieben wird. Wie es aber nun eigentlich mit der Wirkung Schmitts bestellt ist, bleibt unklar. Hier hätte Müller ein Analyseraster zur Beantwortung dieser Frage entwickeln müssen. Eine Zuordnung der Schmitt-Schüler nach einheitlichen und nicht wechselnden Kriterien wäre dafür auch eine wichtige methodische Grundlage gewesen. Insofern bleibt das ursprüngliche Anliegen, den Einfluss Schmitts auf die Nachkriegsdebatten zu bestimmen, in der Luft hängen. Gleichwohl verdient der hohe Informationsgehalt über dessen Anhängerschaft Anerkennung, ein Namensverzeichnis hätte den damit verbundenen Gebrauchswert aber noch erhöhen können.

Armin Pfahl-Traughber

*Matthias OPPERMANN: Raymond Aron und Deutschland. Die Verteidigung der Freiheit und das Problem des Totalitarismus (Beihefe der *Franzia*, 68), Jan Thorbecke, Ostfildern 2008, 622 S., geb. 69 €*

Raymond Aron (1905-1983) zählte als Philosoph, Soziologe, Ideenhistoriker, politischer Schriftsteller und dazu auch noch als passionierter Journalist und Kommentator des politischen Geschehens über vier Jahrzehnte hinweg zu den überragenden Intellektuellenpersönlichkeiten im Europa der Nachkriegszeit. Der besonders bemerkenswerte Aspekt seines Lebens und Wirkens besteht vor allem darin, dass er selbst niemals den totalitären Verlockungen seiner Generation nachgegeben hat: Der engagierte Kämpfer gegen den Nationalsozialismus, der – aus jüdisch-säkularisierter Familie stammend – de Gaulle 1940 ins Londoner Exil folgte und dort publizistisch für die Befreiung Frankreichs wirkte, hat nach 1945 ebenso vehement gegen den Totalitarismus von links gekämpft, und dies zu einer Zeit, in der es für die meisten französischen Intellektuellen (darunter auch für Männer wie Sartre, Merleau-Ponty, Furet oder Le Roy Ladurie) noch als selbstverständlich galt, der Kommunistischen Partei Frankreichs anzugehören oder die Sowjetunion wenigstens öffentlich zu verteidigen. Es war zu jener Zeit tatsächlich Mode, »ieber mit Sartre zu irren als mit Aron recht zu haben«, wie später einmal formu-

liert worden ist. Heute freilich hat sich das Bild gewandelt: Während die politischen Irrtümer Sartres allgemein bekannt sind, ist der Respekt vor der luziden, klarsichtigen und auch auf lange Sicht treffsicheren Analysefähigkeit Arons nur noch mehr gestiegen.

Man weiß, dass Aron ein hervorragender Kenner Deutschlands war, dass er nicht nur die deutsche Sprache beherrschte, sondern auch als junger Mann in schwieriger Zeit (1930–33) in Deutschland studiert und sogar zwei seiner ersten Bücher deutschen Themen – der damals neuesten deutschen Soziologie und der deutschen Geschichtsphilosophie – gewidmet hat. Und es ist ebenfalls bekannt, dass er auch nach 1945 ein engagierter und kritisch-freundlicher Beobachter der deutschen Politik gewesen ist und sich darüber hinaus immer wieder mit spezifisch »deutschen« Themen beschäftigt hat: nicht zuletzt mit dem Denken von Karl Marx, Max Weber und Carl von Clausewitz, dem er eine seiner umfangreichsten Monographien gewidmet hat. Grund genug also, das Thema »Aron und Deutschland« im umfassenden Zusammenhang einer Dissertation zu behandeln, und man darf sagen, dass dies dem jungen Autor hervorragend gelungen ist.

Mit außerordentlicher Gründlichkeit und nachgerade stupender Text- und Quellenkenntnis (Oppermann scheint tatsächlich jede Zeile des riesigen Oeuvres von Aron gelesen zu haben) und ebenfalls unter Heranziehung des seit einigen Jahren der Forschung zugänglichen umfangreichen Nachlasses erarbeitet sich der Verfasser seinen Gegenstand. In drei Großkapiteln, Arons Frühzeit (1905–1940), seine Tätigkeit als Publizist im Dienst des *Freien Frankreich* (1940–1944), endlich die Nachkriegszeit bis zum plötzlichen Tode des Denkers (1944–1983) umfassend, analysiert der Autor überaus luzide und detailgenau die Entwicklung von Arons bemerkenswertem politischem Werk, das nicht nur eine immense Fülle an tagespublizistischen Äußerungen enthält (Aron war drei Jahrzehnte lang außenpolitischer Leiteratikler des *Figaro*), sondern auch philosophische, soziologische und historische Schriften umfasst; bekannt sind noch heute vor allem die große Synthese *Frieden und Krieg* sowie die erwähnte Clausewitz-Monographie. Insofern geht der Autor, indem er immer wieder Arons Denken als Ganzes in den Blick nimmt, über das Thema seiner Mono-

graphie im engeren Sinne durchaus hinaus – und das keineswegs zum Nachteil des Buches.

Jedenfalls ist der Nachweis gelungen, dass Deutschland, die deutsche Geschichte und Politik – vor allem, aber nicht nur seit der Spätphase der Weimarer Republik –, sodann die deutsche Philosophie und Soziologie zentrale Paradigmen für die Herausbildung von Arons politischem Denken geliefert haben. In der zweiten Nachkriegszeit wandelte sich zwar sein Interesse an Deutschland: »Natürlich hielt er an der deutsch-französischen Aussöhnung als Traum seiner Jugend fest, und natürlich befaßte er sich in seinen Leitartikeln immer wieder eingehend mit der deutschen Außenpolitik. Aber diese Beschäftigung war eine Funktion seiner Reflexionen über den weltpolitischen Konflikt, den ›kriegerischen Frieden‹, in dem Deutschland nur mehr die Rolle eines Objekts zukam« (569). Doch andererseits hat er seine Beschäftigung mit dem deutschen Denken niemals aufgegeben; dies bezeugt die jahrelange Arbeit an seinem späten Hauptwerk über Clausewitz. Die in mehr als nur einer Hinsicht aufschlussreiche publizistische Kontroverse, die in Deutschland über dieses Buch entstand, wird hier erstmals anhand umfassenden Materials genau rekonstruiert und überzeugend gedeutet.

Freilich zeigt Oppermanns Darstellung auch gewisse Grenzen Arons auf, die der (dem Gegenstand seiner Arbeit überaus wohlwollend gegenüberstehende) Verfasser nicht immer also solche namhaft macht. Das betrifft vor allem Arons Kriegspublizistik, deren Deutungen jedenfalls aus der Gegenwartsperspektive manchmal – wenn auch zeithistorisch-biographisch verständlich – als allzu simpel und undifferenziert erscheinen: »Gewaltromantik«, »moderner Machiavellismus« und »preußischer Militarismus« sind die Stichworte, mit deren Hilfe sich Aron seinerzeit am Gegner abarbeitete. Das ist zeit- und ideenhistorisch sicher interessant und aufschlussreich, aber doch wohl nicht mehr der Weisheit letzter Schluss. Beeindruckend bleibt indessen immer noch Arons eminente Fähigkeit zur weit ausgreifenden politisch wie geistesgeschichtlichen Synthese, die er in seinen großen, nach 1945 erschienenen Büchern immer weiter ausgebaut und verfeinert hat. – Oppermann bezeichnet Aron abschließend als »pessimistischen Liberalen« in der Tradition Tocquevilles und Elie Halévy's. Vielleicht sollte man doch eher von einem realistischen Liberalismus sprechen,

denn es handelte sich, wie der Verfasser abschließend sehr treffend sagt, bei Aron um einen politischen Denker, der, von den schweren Erfahrungen seines Jahrhunderts tief geprägt, »stets in seine Rechnung einbezog, daß der Mensch ebenso zum Bösen wie zum Guten befähigt ist« (565).

Hans-Christof Kraus

Philipp SCHLÄGER: Der entzauberte Präsident. Barack Obama und seine Politik. Rotbuch Verlag, Berlin 2010, 192 S., brosch., mit Fotos. € 9,95

Mit dem Slogan »Zeit für den Wandel« gelang Barack Obama 2009 als erstem Afro-Amerikaner der Einzug ins Weiße Haus. Viele erhofften sich von ihm einen politischen Gezeitenwechsel. Die Erblasten der Bush-Administration wie das Gefangenlager in Guantánamo, den Krieg im Irak oder die steuerpolitische Bevorzugung der Reichen wollte er beenden. Große Reformen etwa im Gesundheitswesen versprach er anzugehen. Doch längst ist Ernüchterung eingekehrt. Das Land plagt weiterhin die größte Wirtschafts- und Finanzkrise seit den 1930er-Jahren. Irak und Afghanistan bleiben ungelöste außenpolitische Probleme. Und für umfassende innenpolitische Reformen fehlte am Ende selbst in der eigenen Partei die Unterstützung. Erst wurden sie im Gezerre der Interessengruppen zerrieben, dann im Kongress verwässert oder ganz gestoppt. Barack Obama bleibt ein charismatischer Rhetoriker, aber als Politiker ist er an vielen Fronten gescheitert. So jedenfalls lautet die Bilanz, die Phillip Schläger zur Halbzeit der ersten und möglicherweise auch einzigen Wahlperiode des amerikanischen Präsidenten zieht.

Die Gründe dafür hat der Autor schnell ausgemacht: Statt seiner progressiven und gewerkschaftsnahen Basis zu vertrauen, umgab sich Obama mit zahlreichen Mitarbeitern und Beratern früherer Administrationen, die ihn von mutigen Schritten abhielten. Die Konsequenz: Eine »Strategie der Mitte«, die ihn bei der Reform des Finanzmarktsystems, der Wirtschafts-, Gesundheits- und Klimapolitik, aber auch in der Außen- und Sicherheitspolitik auf eingetretenen Pfaden wandeln ließ. Obama, so Schläger, setze die Politik seines Vorgängers Bush weitgehend fort. Was bleibe, sei allein die Hoffnung, dass Obama »aus sei-

nen Fehlern lernt und endlich auf den richtigen Kurs einschwenkt: Change we can believe in«.

Doch man kann den Saldo der ersten zwei Jahre auch anders interpretieren, als es der Frankfurter Anwalt und Jurist in seinem flott geschriebenen Buch tut: Es ist schlicht »Normalität« ins Weiße Haus eingekehrt. Schon aus Verfassungsgründen nämlich sind die Gestaltungsmöglichkeiten amerikanischer Präsidenten weitaus geringer, als viele glauben. Zwar suggerieren die zivilreligiösen Predigten mancher Kandidaten und Amtsinhaber anderes. Sie handeln von »Hoffnung« und »Verheilung« und künden vom Aufbruch in ein besseres Amerika. Pathos, das im Wahlkampf hilft und auf das gerade Obama 2008 setzte. Bei der Erarbeitung parlamentarischer Mehrheiten aber sind andere Kompetenzen gefragt. Hier sind nicht Wallungswerte, sondern Kompromiss und Zugeständnis die relevante Währung. Das mussten schon Carter und Clinton leidvoll erfahren. Obama ist nicht gescheitert. Er ist nicht einmal besonders erfolglos, wie Schläger glauben machen will. Er ist vielmehr ein ganz normaler Präsident in schwierigen Zeiten.

Manfred Brocker

Jan SCHNEIDER (2010): Modernes Regieren und Konsens. Kommissionen und Beratungsregime in der deutschen Migrationspolitik. Mit einem Vorwort von Rita Süßmuth. VS Verlag, Wiesbaden, 2010, 457 Seiten, 49,95 €

Der Autor beschäftigt sich in seiner Dissertationschrift mit konsensorientierten Beratungsprozessen durch Kollegialgremien. Am Beispiel der deutschen Migrationspolitik wird auf rund 380 Seiten hinterfragt, was eine Regierung mit dem Einsetzen einer Kommission bezieht, ob und wie diese politische Prozesse beeinflusst und welche Auswirkungen dies für das betreffende Politikfeld hat. Die Studie bezieht sich damit auf zwei miteinander verschränkte Themenbereiche: das Regieren mit Kommissionen und Beratungsregime in der Migrationspolitik. Sie versteht sich, wie der Autor betont (S. 27), als Beitrag zur Regierungs- und Politikfeldforschung.

Zentraler Inhalt ist die Unabhängige Kommission »Zuwanderung« (UKZU). Zu Beginn des 21. Jahrhunderts galt die deutsche Migrationspolitik als dringend reformbedürftig. Bis auf die Neue-

rung des Ausländergesetzes 1990 hatte es trotz fortgesetzter Zuwanderung und massiver Integrationsbedarfe seit Beginn der 1980er-Jahre keine grundlegenden Politikinnovationen in diesem stark regelungsbedürftigen Politikfeld gegeben. Im Jahr 2000 trat zwar ein neues Staatsangehörigkeitsrecht in Kraft, ein Gesetz zur Regelung der Zuwanderung schien aufgrund der politischen Situation aber nicht realisierbar. Im Anschluss an die Debatte über den Arbeitskräftemangel in der IT-Branche wurde im Juli 2000 jedoch die UKZU beauftragt. Unter Leitung der ehemaligen Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth sollte das 21 Personen umfassende Gremium Empfehlungen für eine neue Zuwanderungspolitik und ihre Umsetzung vorlegen. Zwar wurde bereits 1978 mit Heinz Kühn der erste »Beauftragte der Bundesregierung für die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen« berufen, die so genannte Süßmuth-Kommission stellte jedoch im Hinblick auf die Beratung migrationspolitischer Sachverhalte eine Zäsur dar. Die UKZU wird anhand von drei Phasen analysiert: der Regierungsprozess vor ihrer Einsetzung, der Arbeitsprozess während des Mandats und der Prozess nach Auflösung der Kommission. Hierbei wird auf die Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes 2004 und auf weitere Entwicklungen unter der Großen Koalition eingegangen, so dass die Studie über die eigentliche Analyse der UKZU hinausgeht.

Der Studie vorangestellt ist ein Vorwort von Rita Süßmuth. Ihre zentrale Aussage lautet: Aufbauend auf einem Gremium wie die Zuwanderungskommission müssen die Beratungsformen der Politik weiterentwickelt werden. In der Einleitung werden Erkenntnisinteresse, theoretischer Ansatz, Forschungsstand und Methodik erläutert. Der Autor führte 26 Experteninterviews, die einer qualitativen Inhaltsanalyse unterzogen wurden. In vier Kapiteln wird dann die Thematik »Politikberatung durch Kommissionen« behandelt. Abgerundet wird das Buch durch ein umfangreiches Literaturverzeichnis und einen informativen Anhang. Man erfährt nicht nur, mit wem Interviews geführt wurden und wer Mitglied in verschiedenen Kommissionen war, sondern auch, wie der Arbeitsauftrag der UKZU lautete und welche Gutachten von der Kommission in Auftrag gegeben wurden. Zudem enthält das Buch ein Personenregister, das Namen in Erinnerung ruft, die in poli-

tische und wissenschaftliche Vergessenheit geraten waren.

Im ersten Kapitel »Regieren und Policy-Beratung« (S. 39–107) erfolgt zunächst ein Überblick zum demokratischen Regieren. Danach wird auf Modelle und Konzepte von Politikberatung sowie auf Ausformungen von Beratungsregimen im politischen Institutionensystem eingegangen. Im zweiten Kapitel »Migrationspolitik in der Bundesrepublik« (S. 108–177) wird das Politikfeld Migration in zeitgeschichtlicher Perspektive und hinsichtlich seiner rechtsmateriellen Ausprägungen dargestellt. Migrationspolitik wird als übergreifendes Politikfeld unter Einschluss einer Vielzahl von Themen und assoziierter Rechtsgebiete verstanden, die mit Zuwanderung und Integration verknüpft sind. Zudem werden damit einhergehende Beratungs- und Entscheidungsprozesse beleuchtet. Das Politikfeld wurde überwiegend in drei, kaum miteinander kommunizierenden Bereichen des politischen und administrativen Raumes verhandelt: als Gastarbeiter- bzw. Ausländerpolitik, als Flüchtlings- und Asylpolitik sowie als Aussiedlerpolitik. Erst mit Einsetzung der UKZU wurde Migrationspolitik stärker ganzheitlich betreut.

Kapitel 2.2 zeichnet die Ausländerpolitik von 1950 bis 1990 nach und Kapitel 2.3 rekapituliert die Flüchtlingspolitik bis Ende der 1990er-Jahre. Nur beiläufig wird die Aussiedlerpolitik thematisiert, da sie kaum Gegenstand kontroverser politischer Entscheidungsfindung war. Kapitel 2.4 behandelt die Vorgeschichte der Zuwanderungsdebatte von 1998 bis zum Einsetzen der UKZU im Jahr 2000. Aufgezeigt wird, dass die Faktoren IT-Arbeitskräfte und Demographie den Zuwanderungsdiskurs entscheidend befördert haben. In Kapitel 2.5 werden die Politikinhalte und die politischen Prozesse hinterfragt: Wie vollzog sich Politikberatung in der Migrationspolitik und welchen Einfluss hatte sie auf Entscheidungsprozesse und die Formulierung von Politik? Ergebnis ist, »dass sich die deutsche Migrationspolitik gemessen an den Ansprüchen eines breiten, demokratischen Politikberatungsbegriffes (...) bis zur Jahrtausendwende nur äußerst bedingt als beratungsfähig erwiesen hat« (S. 177).

Den Hauptteil der Studie bildet die Falluntersuchung in Kapitel 3 (S. 179–362). In Form einer chronologischen Beschreibung wird das Verhältnis von Regieren und Politikberatung dargelegt. In

Kapitel 3.1 wird auf die Methodik der Fallstudie eingegangen. Inhalt von Kapitel 3.2 ist der Regierungsprozess. Aufgezeigt werden die vielfältigen Bedingungen, die zum Einsetzen der Kommission führten. Mit der Einberufung der Kommission gelingt es, die politische Debatte zu beruhigen und Zeit zu gewinnen. Gegenkommissionen der Parteien haben allerdings eine Beratungskonkurrenz zur Folge. Kapitel 3.3 behandelt die Arbeit des Gremiums während ihres gut neunmonatigen Mandats. Dargelegt werden etwa Vorgehensweise und Prozesse der Entscheidungsfindung sowie Rollen und Funktionen der Mitglieder, aber auch die Beratung der Berater und die Unabhängigkeit der Arbeit. Mit Blick auf das Abhängigkeits- und Interdependenzverhältnis zwischen Kommission und Administration spricht der Autor von »strukturell-logistischer Eingebettetheit bei inhaltlich-programmatischer Unabhängigkeit« (S. 277).

Das letzte Teilkapitel beschäftigt sich mit dem »Post-Kommissionsprozess«. Untersucht werden die Auswirkungen der Kommissionsarbeit auf die Migrationspolitik. Zudem werden das Scheitern des Zuwanderungsgesetzes und das zweite Gesetzgebungsverfahren aufgezeigt. Danach wird dargelegt, inwieweit sich Kommissionsempfehlungen in dem 2004 verabschiedeten Zuwanderungsgesetz wieder finden, wobei auch die Novellierungen durch das EU-Richtlinienumsetzungsgesetz von 2007 und das Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz von 2008 berücksichtigt werden. Analysiert werden die Bereiche Zuwanderung und Arbeitsmigration sowie Flucht und Asyl. Eingegangen wird zudem auf Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion. Besondere Ausführungen folgen zum Integrationsbereich.

Abschließend wird auf den Zuwanderungsrat und seine 2004 missglückte Institutionalisierung als Beratungsgremium der Migrationspolitik eingegangen. Nach der Bundestagswahl 2005 baute die Große Koalition die behördliche Monopolstellung weiter aus. Behandelt werden eine Reihe von neu gegründeten Kommissionen und Beiräten unter maßgeblicher Beteiligung der Administration. Migrationspolitik wird wesentlich zentralistisch beraten, gesteuert und (vor)entschieden. Dies gilt auch für die medienwirksame Einrichtung von Meta-Institutionen wie Integrationsgipfel und Deutsche Islamkonferenz. Der Autor kommt zu dem Schluss, dass das Zuwanderungsgesetz nicht den von der UKZU konzipierten Paradigmen-

wechsel widerspiegelt. Weder das Beratungsregime noch die Migrationspolitik werden grundsätzlich neu formuliert. Der Kommissionsprozess bleibt aber auch nicht folgenlos, denn die Kommission hat die Basis für das Gesetz geschaffen. »Auf dieser Grundlage deutet sich ab etwa 2006 an, was man als ›nachholende Implementation‹ der Kommissionsempfehlungen bezeichnen könnte« (S. 358). Der Süßmuth-Kommission ist die öffentlichkeitswirksame Thematisierung migrationspolitischer Inhalte zu verdanken.

Kapitel 4 fasst zum einen zentrale Befunde zu den Auswirkungen und zum Einfluss der UKZU auf die Migrationspolitik und das migrationspolitische Beratungsregime zusammen. Zum anderen werden Schlussfolgerungen zum Regieren mit Kommissionen formuliert. Zudem werden ergänzende Forschungsfragen angesprochen, etwa, ob Legitimationsbeschaffung weniger über rationale Expertise, sondern stärker über symbolische Inklusion erfolgt. Kommissionen, so das Fazit, bewirken einiges, aber sie bewirken letztlich nicht all zu viel. Denn die Politik muss für wissenschaftliche Expertise auch offen sein.

Der Autor hat mit seiner Studie zu diesem Thema Maßstäbe gesetzt. Der Forschungsgegenstand ist klar strukturiert, das Material wird kenntnisreich aufbereitet, die Befunde werden differenziert präsentiert, die Prozesse kritisch hinterfragt und die Sachverhalte auch noch gut formuliert. Gleichwohl ist nicht zu erkennen, dass es sich um eine Dissertationsschrift handelt. Eine zweifellos lohnende Überarbeitung kann daher nur das Ziel haben: Bereinigung um die qualifikationsbezogenen Pflichtübungen und Konzentration auf die Beratungsregime in der Migrationspolitik. Denn auch aus der Perspektive einer politikwissenschaftlich orientierten Migrationsforschung geht es weniger um die Regierungs- als vielmehr um die Politikfeldforschung.

Peter Schimany

Charles TAYLOR: Ein säkulares Zeitalter, amerikanische Originalausgabe 2007, deutsche Übersetzung von Joachim Schulte, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M. 2009, 1.298 Seiten, 68,00 €

Kurz, aber überaus prägnant charakterisiert Charles Taylor die Grundfragen seines Buches:

»Warum fällt es zumindest in vielen Milieus des modernen Westens so schwer, an Gott zu glauben, während es um 1500 praktisch unmöglich war, nicht an ihn zu glauben?« (32, 899, 927)

Taylor fragt nach den Erfahrungen, die Gläubige und Ungläubige in der aktuellen Moderne machen. Er fragt nach den Strukturen, in denen diese eingebettet sind. Seine Herangehensweise beruht überwiegend auf der Auswertung sozialer Vorstellungsschematas, die auf die gemeinsamen Hintergrundauflassungen der Gesellschaft zurückgehen und deren Funktionieren ermöglichen (544). Taylors neue Sicht der Säkularität besteht in einer Art Umkehrung des Weberschen Befundes. Bei Max Weber führt das rational-erklärende Denken des Westens zum Wegfall der theologischen Welterklärung. Nach dem Abwerfen des überflüssigen Ballastes, des Zaubers, bleiben das Zweck-Mittel-Denken und die Berechenbarkeit einer Sache der sichere Schlüssel zur Erkenntnis der Wirklichkeit. Nur peripher konstatiert Weber, dass damit der Mensch in ein »Gehäuse der Hörigkeit« gezwängt wurde. Was bei Weber implizit als Errungenschaft der Aufklärung und des Fortschritts gesehen wird, erscheint bei Taylor ambivalent. Den Weberschen Befund fasst er als »Subtraktionsthese«: Gerade das, was für den Menschen wichtig sei, werde als verzichtbar und überflüssig bezeichnet. Nach Weber sind es ja die Täuschungen, die wegfallen (48). Bei Taylor ist dagegen eine säkulare Epoche eine solche, »in der der Niedergang aller über das menschliche Gedeihen hinausgehenden Ziele denkbar wird« (43). Von der Ambivalenz dieses Befundes handelt der Kern dieses Buches.

Die phänomenologisch-sozialwissenschaftliche Methode, die Taylor anwendet, besteht im Aufsuchen des sozialen Vorstellungsschemas und dessen komplementären Hintergrunds, der das »Bestehen« der Gesellschaft ermöglicht. Unter dieser Voraussetzung gelangt er zu drei Begriffen von aktuell existierender Säkularität:

Säkularität I: Sie besteht im Rückgang der Religion im öffentlichen Leben, in der Verdrängung des transzendenten Gottes aus dem Zentrum des sozialen Lebens.

Säkularität II: Hier geht es um den Niedergang des Glaubens an diesen Gott und das Verschwinden der öffentlichen religiösen Praxis.

Säkularität III: Damit werden die Veränderungen des sozialen Hintergrundes durch die Bedingungen des Glaubens erfasst (44).

Dem säkularen Zeitalter entspricht das »abgepufferte Ich«, das in der Lage ist, sich selbst zu steuern, ohne Dämonen, Geister und Zauberkräfte fürchten zu müssen. Im Gegensatz dazu steht das »poröse Ich«, dessen wichtige Gefühle nicht der Vernunft zugänglich sind. Es kann demnach durch Geister, Dämonen und kosmische Kräfte verwundet werden. Dieses »poröse Selbst« lebte in einer verzauberten Welt. Zum Vorstellungsschema des »porösen Selbst« gehören drei Merkmale, die so etwas wie ein »Bollwerk« des Glaubens waren:

- 1) Die natürliche Welt ist für es der Zugang für die Absichten Gottes.
- 2) Der König war eine Autorität, die immer über sich hinaus auf das Göttliche verwies.
- 3) Die Menschen lebten in einer verzauberten Welt (51 f.).

Hier kann erstaunen, dass das »poröse Selbst«, das ja die Offenheit für die Transzendenz ausdrückt, mit einer verzauberten Welt identifiziert wird. In der Tat ist dieser Zusammenhang von der Kritik bereits aufgegriffen worden. Hans Jonas hat kritisiert, dass Taylor die »verzauberte und magische Welt« umstandslos mit dem Mittelalter und nicht mit archaischen Epochen zusammenbringe. Er »empfinde dies als unglücklich, weil es sich beim mittelalterlichen Christentum ja um eine nachahsenzeitliche Religion handelt, also eine transzendenzbezogene, antimagische Religion« (Hans Jonas, »Die säkulare Option« in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 57, 2009, S. 297). Nun könnte Taylor für sich anführen, dass es auch im Mittelalter durchaus Magie als verbreitete Erklärungsweise gab (vgl. dazu: Helmut Birkhan, *Magie im Mittelalter*, München 2010), gleichwohl bleibt die Taylor'sche Gleichsetzung von Gotteserkenntnis über die Natur und dem Leben in einer verzauberten Welt problematisch; denn die Erkenntnis Gottes in seinen Wirkungen – die außermenschliche Natur und die menschliche selbst – geschieht wesentlich durch die menschliche Vernunft und nicht durch Zauberei. Taylor selbst nimmt diese Erkenntnis in Anspruch, wenn er weiter hinten erklärt: »Ich kann ein Gefühl für Gott haben und spüren, wie er auf mein Dasein wirkt« (985). Grenzt man jedoch den Bereich der verzauberten Welt auf das Gebiet der Magie ein, dann ist die Unterscheidung zwischen »abgepuffertem« und

»porösem Selbst« durchaus erhellend. Ein vorneuzeitlicher Mensch wird seine Melancholie anders erklären als das »abgepufferte Selbst«. Das Letztere wird eine Kausalerklärungr des Phänomens durch die »schwarze Galle« anführen und vielleicht Substanzen dagegen einnehmen (72). Anders dagegen das »poröse Selbst«. Es wird geheimnisvolle Kräfte hinter der Melancholie vermuten.

Das Resultat der Entzauberung ist nach Taylor ein »integraler Humanismus«, der sich gegen jede Art des Jenseits abschließt und dies als Machtzuwachs und Sicherheit erfährt. Wodurch entstand nun dieser »integrale Humanismus«? Eine Ursache besteht in der Ausweitung der hypothetischen Ergebnisse der Wissenschaften zu Glaubensannahmen über den Charakter des Universums etc. mit einer entsprechenden Leugnung der Transzendenz. Andere Ursachen liegen jedoch in Einseitigkeiten des Glaubens selbst, die sich in der Geschichte entwickelt haben. Dazu gehören Janse-nismus und Deismus. Auch wird eine Reformbewegung des christlichen Glaubens zum Prokrustesbett. Taylor führt Luther und Calvin an. Diese hatten »sicher recht, als sie die Ideologie der spirituellen Überlegenheit angriffen, die das spätmittelalterliche Mönchtum infiziert hatte. Doch zum Schluss brachten sie die zölibären Berufungen überhaupt in Misskredit, was den Spielraum der christlichen Lebensführung stark einengte. Ihre Reformation hat auf dem Weg über ein weiteres Stadium der ›Reform‹ dazu beigetragen, die säkulare Welt von heute hervorzubringen, in der Ent-sagung nicht nur mit Argwohn betrachtet wird (was bis zu einem bestimmten Grade stets gesund und notwendig ist), sondern völlig von der Bildfläche verschwunden ist« (1278). Den theologischen Umbrüchen kann hier nicht weiter nachgegangen werden.

Die moderne Wissenschaft versteht sich als Beherrschung der Natur, wobei sie diese nicht als Schöpfung, sondern als Material ihres Forschens versteht. Taylor weist darauf hin, dass der Handlungsspielraum des Menschen durch die Wissenschaft zwar erweitert wird, aber nicht, ohne ihn selbst gleichzeitig zum Objekt der Wissenschaften zu machen und seiner Subjektstellung zu berauben. Konsequenterweise setzt in der Neuzeit eine Dynamik der Disziplinierung ein, wie sie Michel Foucault beschrieben hat.

Wie Max Weber sieht Taylor eine Korrelation zwischen bestimmten Konfessionszugehörigkei-

ten und kapitalistischer Entwicklung. Das mönchische Leben der Armut und Kontemplation wird von den Reformatoren als höchste Lebensform entthront und die Bewährung im Alltag an dessen Stelle gerückt. Taylor zitiert den Puritaner Samuel Hieron: »Wer kein ehrliches Gewerbe hat, dem er gewöhnlich nachgeht, und keine feste Laufbahn, auf der er voranschreiten kann, der kann Gott nicht gefallen« (187). Nach der puritanischen Auffassung kommen die höchsten Formen des Christentums im normalen Leben zum Tragen (309).

Während bei Augustinus Gottesstaat und politischer Staat noch getrennt waren, werden die religiösen Gebote in Teilen der reformierten Gebiete zu staatlichen Strafgesetzen. Es setzt nach dem Wegfall des religiösen Hintergrundes die Disziplinierung im Namen des Humanismus ein, die zu kritisieren ein Leitfaden im Schaffen Michel Foucaults war.

Das moderne Naturrecht und die moralische Ordnung der Neuzeit sind von Gott und vom Kosmos abgelöst und legitimieren sich mit variierenden Konzepten der menschlichen Natur. Bei Thomas Hobbes und John Locke wird das vorpolitisches Individuum zum Ausgangs- und Zielpunkt der politischen Gesellschaft (293). Die Gesellschaft solle zum wechselseitigen Vorteil der Individuen existieren – was Adam Smith für die Ökonomie zu zeigen versuchte. In der nachgerade aktuellen neuzeitlichen Ethik wird die ideale These entwickelt, dass die politische Gesellschaft den Individuen dienen und sich auf die Zustimmung derjenigen gründen müsse, die durch sie gebunden sind (294). Dies ist jedoch nur eine ideale Theorie. Es wird nicht gezeigt, ob die Menschen eine gemeinsame soziale Natur haben. Auf die Ideologie der humanistischen Freiheit zum wechselseitigen Vorteil aller, die von christlichen Impulsen irgendwie noch gespeist wird, folgen Formen des Atheismus, wie der von Friedrich Nietzsche, der die Kraft des Einzelnen und die Entsolidarisierung beschwört (507). Der Humanismus, gipflend in Wohltätigkeit, hat keine Antwort auf die Sinnlosigkeit des Leidens, das die Menschen trifft. Der Mensch »als Wille zur Macht« bei Nietzsche (679) oder als Nachahmer des Sisyphos bei Camus (977) erträgt den Nihilismus heroisch. Es gehört zu den faszinierenden Ergebnissen von Taylor, Säkularisierung nicht als lineare Aufhebung kosmischer Zeit und christlichen Glaubens zu begreifen, son-

dern die Leerstellen zu notieren, die das Verschwinden der Transzendenz in der Moderne hinterlässt. Der Humanismus, der die Transzendenz ausgrenzt, tendiert in seiner utilitaristischen Spielart zur Verflachung und Eindimensionalität des Lebens. Alexis de Tocqueville fürchtete eine Welt, in der die Menschen sich schließlich nur noch um ihre »petits et vulgaires plaisirs« kümmerten (624). Die daraufhin einsetzende –allerdings atheistische– Gegenauklärung wird angeführt von Nietzsche, der gegen Nivellierung protestiert, den Egalitarismus ebenso ablehnt wie die Erhaltung bloßen Lebens und die Verhütung von Leiden. Wichtige antihumanistische Denker der Gegenwart wie Bataille, Foucault und Derrida sind von Nietzsches beeinflusst (625). Der Protest gegen den Humanismus macht schließlich nach Taylor deutlich, dass dessen anspruchsvollen Ziele der universellen Gerechtigkeit und Wohltätigkeit uneingestandene christliche Wurzeln haben.

Abschließend ist zu notieren, dass sich für Taylor moderne Freiheit und Demokratie nicht nur nicht ausschließen, sondern auch wechselseitig begünstigen. Mit Alfred North Whitehead und Robert Spaemann hält er die Demokratie für eine zentrale Errungenschaft der Moderne, aber er sieht, anders als Jürgen Habermas, dass sich die Moderne durch den Verzicht auf Religion und Metaphysik in falscher Weise diszipliniert und sich der Fülle von Sinnerfahrungen beraubt. Die moderne Ethik der Solidarität zwischen den Menschen stellt weniger unerfüllbare heroische Ansprüche und ist dann glaubhafter, wenn zum Hintergrundwissen des Humanismus der Gott der Liebe gehört. Die »Immanenzatmosphäre« kann bei »künftigen Generationen das Gefühl verstärken, man lebe in einem ›öden Land‹. Daher werden viele junge Menschen wieder beginnen, das Gebiet jenseits der Grenzen zu erkunden“ (1275). Taylor gibt indes keine Prognosen; denn niemand kann vorhersagen, wohin eine solche führen wird. Für Taylor ist das Heilige unveränderlich. Es ist immer Gott. Und obwohl sich der historische Hintergrund auch durch die vielen Missverständnisse des Glaubens (u. a. Calvinisten, Jansenisten, Deisten) ändert, bleibt diese unausrottbare Neigung, die sich auf das Jenseits menschlichen Lebens richtet. Für sich selbst bekennt Taylor dies. Zu fragen ist jedoch, ob dies auf der Basis »sozialer Vorstel-

lungsschemata« und deren Selbsterhaltungsfunktion erkannt werden kann.

Karl-Heinz Nusser

Heinrich August WINKLER: *Geschichte des Westens. Von den Anfängen in der Antike bis zum 20. Jahrhundert.*, München 2009, C. H. Beck-Verlag, 1343 S., 38 EUR

Die Formulierung »der Westen« gehört zu den geflügelten Worten in den Diskussionen über die internationalen Beziehungen. Doch was ist »der Westen«, und wie wurde er zum »Westen«? Die letztgenannte Frage will der Historiker Heinrich August Winkler, lange Jahre Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin, in seinem voluminösen Werk *Geschichte des Westens. Von den Anfängen in der Antike bis zum 20. Jahrhundert* beantworten. Die »Entstehung des westlichen Projekts, die Ungleichzeitigkeit seiner Verwirklichung, die Widersprüche zwischen Projekt und Praxis« bilden dabei als Stichworte die Leitlinien der Darstellung. »Sie will«, in den Worten des Autors, »keine ›histoire totale‹, sondern eine Problem- und Diskursgeschichte sein: ein Versuch, die Hauptprobleme der europäischen und der nordamerikanischen Geschichte sowie das Nachdenken über sie in ihrem atlantischen oder westlichen Zusammenhang zu erörtern« (S. 22). Der Westen gilt dabei als normatives Projekt von Demokratie, Gewaltenteilung, Menschenrechten und Rechtstaatlichkeit.

In diesem Sinne zeichnet die »Geschichte des Westens« die historische »Verwestlichung des Westens« (S. 21), also den Weg bestimmter Länder und Staaten hin zur gesellschaftlichen Verwirklichung dieser Wertvorstellungen nach. Wehler geht dabei historisch-chronologisch vor und lässt seine Darstellung in der Antike beginnen: Am Anfang stand für ihn die Entstehung des Monotheismus und die Selbstsäkularisierungstendenz des Christentums. Im ersten von vier Teilen wird dann die Entwicklung Europas bis zu den Widersprüchen der spätmittelalterlichen Gesellschaft geschildert. Dem folgt unter der Überschrift »Von Wittenberg bis Washington« eine Darstellung der Zeit von der Reformation bis zur Gründung der USA. Danach widmet sich der Autor dem Zeitraum vom Beginn der Französischen Revolution

bis zum Ausbruch der revolutionären Prozesse Mitte des 19. Jahrhunderts. Und schließlich steht der folgende Zeitraum von der Entstehung der Nationalstaaten bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs im Zentrum des Interesses.

Winkler bilanziert: »Als 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, gab es seit weit über 100 Jahren das, was wir als das normative Projekt des Westens bezeichnet haben: die amerikanische und die französische Menschenrechtserklärungen von 1776 und 1789 und das Bekenntnis zur Volkssouveränität, zur Gewaltenteilung und zur Herrschaft des Rechts als Grundlage einer staatlichen Ordnung, die sich auf ebendiese Rechte beruht« (S. 1191). Der Autor leugnet mit dieser Bewertung aber nicht die Schattenseiten in der Geschichte des Westens und spricht dabei von dem »Gegensatz zwischen dem normativen Projekt und der politischen Praxis des Westens. Das Bekenntnis zu den allgemeinen und unveräußerlichen Menschenrechten ging einher mit ihrer Verleugnung, wann immer sich Menschen auf sie beriefen, denen diese Rechte bewusst vorenthalten wurden« (S. 1191). So zynisch der Westen sich gegenüber der nichtweißen Welt meist verhalten habe, »so besaß er doch die Fähigkeit zur Selbstkritik, zur Korrektur seiner Praxis und zur Weiterentwicklung seines Projekts« (S. 22).

Im Vorwort bemerkte der Autor, es gebe zwar zahlreiche Gesamtdarstellungen zur Geschichte Europas und den USA, aber an einer zusammenfassenden Geschichte des alten und neuen Westens mangele es. Winklers gut geschriebene und überaus informative Darstellung schließt diese Lücke in beeindruckender Weise. Allein die fast 1.120 Textseiten dokumentieren eine erstaunliche Arbeitsleistung. Winkler behandelt alle entscheidenden politischen Umbruchprozesse anschaulich und differenziert, was etwa die Darstellung und Deutung des Prozesses hin zum Kriegsausbruch 1914 gegen Ende des Buchs anschaulich zeigt. Auch die ideengeschichtlichen Entwicklungen finden entsprechend ihrer politischen Bedeutung angemessene Aufmerksamkeit, nehmen doch Abschnitte zu Aufklärung und Nationalismus ebenso breiten Raum ein wie Ausführungen zu Locke oder Rousseau. Demgegenüber hätten aber auch sozial- und wirtschaftspolitische Aspekte größere Beachtung verdient, wie die Verweise auf die sozialen Interessen bei der Entstehung der US-Verfassung exemplarisch verdeutlichen.

Bei aller Anerkennung und Würdigung dieser imposanten Arbeit bedarf es aber auch einiger kritischer Anmerkungen: Die Anlage des Buches ist geographisch und zeitlich von einem Ungleichgewicht geprägt. Sie konzentriert sich weitgehend auf die Geschichte Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und den USA. Andere Länder kommen nur in wenigen Abschnitten vor oder werden allenfalls in einzelnen Absätzen gestreift, was sich etwa an der weitgehenden Vernachlässigung des skandinavischen Raums zeigt. Außerdem macht die Behandlung des 19. Jahrhunderts gut die Hälfte des Buchumfangs aus, entsprechend geht Winkler auf den vorherigen Seiten im Eiltempo durch die Geschichte. Und schließlich sei bezüglich formaler Aspekte noch darauf verwiesen, dass das Werk zwar nicht als Gesamtdarstellung, sondern als Problemerörterung angelegt sein sollte. Gleichwohl schwankt der Autor zwischen beiden Ansprüchen hin und her und füllt so mitunter auch unnötig die Seiten. Hier hätte weniger mehr sein können.

Zwar zieht sich der von Winkler hervorgehobene Gegensatz von westlichen Idealen und westlicher Realität durch die Darstellung hindurch. Einerseits wird dieser aber stofflich überlagert durch die stark beschreibende Darstellung historischer Etappen einzelner Länder, andererseits scheut der Autor die differenzierte Erörterung der Ursachen für den Gegensatz zu den eigentlichen Idealen. Dieses inhaltliche Defizit korrespondiert nicht zufällig mit dem geringen Stellenwert sozialpolitischer Aspekte. Inhaltlich kritikwürdig wäre darüber hinaus noch, dass die Normen des westlichen Projektes aus dem Monotheismus abgeleitet werden. Viele der gemeinten Wertvorstellungen fanden sich indes bereits bei den heidnischen und säkularen Denkern in der griechischen Antike. Uneingeschränkt zustimmen kann man indessen Winklers politischem Rat: »Der Westen kann für die Verbreitung seiner Werte nichts Besseres tun, als sich selbst an sie zu halten und selbstkritisch mit seiner Geschichte umgehen, die auf weiten Strecken eine Geschichte von Verstößen gegen die eigenen Ideale war« (S. 24).

Armin Pfahl-Traughber

Volker ZASTROW: *Die Vier. Eine Intrige, Rowohlt Berlin, 2009, 416 S., 19,90 €*

Frühzeitig bemerkte Karl Dietrich Bracher, Nestor der bundesdeutschen Politikwissenschaft: »Der Zustand der Parteien und des Parteiensystems sagt über den Zustand des politischen Systems mehr aus als alle formalen Betrachtungen von Verfassungen und Institutionen, mit denen Juristen und Philosophen die Staaten zu definieren und zu kategorisieren suchen. Insofern ist die Parteienforschung ein zentraler Gegenstand der modernen Politischen Wissenschaft als einer Wissenschaft von der Demokratie.« Um Zustand und Entwicklung der Parteienlandschaft zu analysieren, ist es wichtig, auch in die Parteien hineinzuleuchten. Das hat Volker Zastrow getan, indem er das Innenleben der SPD in Hessen in einer sehr konkreten und anschaulichen Weise erforscht hat – wie kaum jemals zuvor.

Am 4. November 2008 sollte der hessische Landtag die SPD-Politikerin Andrea Ypsilanti zur Ministerpräsidentin wählen. Es sollte ihr Triumph werden. So hatte sie es mit ihren Mitstreitern vorgesehen. Ypsilantis Umweltexperte hatte sich sogar schon das Ministerium, das er übernehmen sollte, von innen angeschaut, um räumliche Veränderungen zu planen. Doch dann folgte ein politischer Paukenschlag (samt bundesweitem Medienecho), wie es ihn selten gab in der Geschichte der Bundesrepublik: Vier Mitglieder der SPD-Fraktion erklärten offen, ihrer Parteivorsitzenden Ypsilanti bei der (geheimen) Wahl zur Ministerpräsidentin ihre Stimmen zu verweigern. Damit war ihre Wahl vorab geplatzt. Ypsilanti stürzte aus dem Luftraich der Träume auf den Boden der Tatsachen. Der Start ihrer Mission, Macht und Moral zu harmonisieren, misslang; ihr avantgardistischer Anspruch, die Politik an und für sich neu zu erfinden (»Projekt der sozialen Moderne«), scheiterte bereits im Ansatz. Beim Versuch nach den Sternen zu greifen, hatte sie den Boden unter den Füßen verloren.

Wie dazu hatte kommen können, analysiert Zastrow in seinem brillanten Buch, das einen hochkarätigen und tief schürfenden Beitrag zum besseren Verständnis die SPD leistet: Ein flott formulierter und kriminalromanhaft konstruierter Band, der viele Mosaiksteine zusammenfügt. Wohl selten gelangte ein Autor mit so viel psychologischem Feinsinn so weit und tief in die Ma-

schenräume der Demokratie. Ursprünglich wollte Zastrow eine Heldengeschichte der »phantastischen Vier« schreiben: Dagmar Metzger, Silke Tesch, Carmen Everts und Jürgen Walter. Doch nach vielen Recherchen und Gesprächen erwies sich die Wirklichkeit als differenzierter. Heute können die vier früheren Landtagsabgeordneten besser verstehen, was der manchmal ungalante Zastrow meinte, als er ihnen ankündigte, er werde kein angenehmer Autor sein.

Die scharfen Auseinandersetzungen in der hessischen SPD beginnen spätestens mit dem Wettstreit von Walter und Ypsilanti um die Spitzenkandidatur bei der Landtagswahl 2008 – im Rückblick keine uneingeschränkte Werbung für ein solches Modell an innerparteilicher Demokratie und Kandidatenauswahl; dass solche Wettbewerbe auch konstruktiv sein können, zeigen andere Beispiele. Der geborene SPD-Kandidat für das Amt des hessischen Ministerpräsidenten schien zunächst Walter zu sein, hatte er doch wie kein zweiter als Fraktionschef im Landtag dem eloquenten Ministerpräsidenten Roland Koch Paroli geboten – zwei Politiker fast auf Augenhöhe. Aus Sicht weiter Teile von Fraktion und Partei konnte ausschließlich Walter für die SPD als Spitzenkandidat und Zugpferd ein optimales Wahlergebnis und damit eine optimale Zahl an Mandaten gegen die kampagnenfähige Koch-CDU erringen.

Doch dann kam Ypsilanti, die von Walter und anderen Parteigrößen zunächst massiv unterschätzte ehemalige Stewardess und Sekretärin. Auf dem entscheidenden Parteitag besiegte sie den ambitionierten und begabten, aber oft sprunghaften und mitunter nicht übermäßig fleißigen Walter letztlich knapp (daraufhin kam es zu Gerüchten über Unregelmäßigkeiten bei der Stimmenabgabe und -auszählung). Ypsilanti triumphierte letztlich über Walter, weil sie mehr innerparteiliche Landschaftspflege betrieben und ihre Kandidatenrede wie ihre gesamte Kandidatur viel besser vorbereitet hatte als ihr Mitbewerber. Geschickt präsentierten Ypsilanti und ihre Helfer Walter zwischen den Zeilen als eine Variante von Koch statt einer echten Alternative zu ihm.

Misstrauen gegen Walter, der mit einer ehemaligen CDU-Sprecherin verheiratet ist, schürten sie, indem sie ihn als schnaubenden Reformer darstellten. Aus Sicht von Teilen der hessischen SPD bzw. Jusos schien Walter schon verdächtig, weil er (ähnlich wie Tesch) etwas von Wirtschaft versteht und

bereits im Alter von 28 Jahren zum Volljuristen avanciert war – unterdessen war ein Teil seiner Opponenten noch an Universitäten eingeschrieben und wetterte schon aus Eigeninteresse gegen jegliche Studiengebühren. Um ihn als rücksichtslos darzustellen, veröffentlichten Unterstützer von Ypsilanti ein Foto seines Dienstwagens auf einem Behindertenparkplatz. Letztlich verstand es Ypsilanti besser als Walter, eine emotionalisierende und fast brutale Kampagne zu fahren. Genauer als Walter hatte sie den Stimmungswandel in der SPD wahrgenommen – Abwendung von der Agenda 2010, Hinwendung zur Kooperation von linkem und gewerkschaftlichem Flügel.

Daraufhin zur SPD-Spitzenkandidatin für die Landtagswahl gekürt, versprach Ypsilanti im Wahlkampf ebenso wie ihre vier Genossen Metzger, Tesch, Everts und Walter, bei einer Regierungsbildung keinesfalls mit der Linkspartei zu kooperieren. Möglichweise hegten sie dabei die Hoffnung, die Linkspartei würde an der 5%-Hürde scheitern – tatsächlich übersprang die Linkspartei sowohl 2008 als auch bei der Neuwahl 2009 nur knapp die Fünfprozenthürde. Mit Ypsilanti steigerte die SPD bei der Wahl 2008 im Vergleich zur Vorwahl das SPD-Wahlergebnis um rund 8 Prozentpunkte. Dennoch war es das zweitschlechteste Wahlergebnis in der Geschichte der Hessen-SPD; Ypsilanti landete – knapp – auf dem zweiten Platz hinter der CDU. Das hinderte sie nicht daran, mit weiten Teilen ihrer Partei eine Große Koalition (auch ohne Koch) abzulehnen und das Amt des Ministerpräsidenten zu beanspruchen; ein Amt, das sie aber nur mit Hilfe der Linkspartei an sich bringen konnte, weil CDU und FDP zusammen deutlich mehr Stimmen errungen hatten als SPD und Grüne gemeinsam.

Bald erklärte Ypsilanti, dennoch mit der Linkspartei zu kooperieren. Fast ungeniert bekundete sie, ihr zentrales Wahlversprechen brechen zu müssen. Nun wollte Ypsilanti die knappe Mehrheit von SPD, Grünen und Linkspartei für sich nutzen. Doch dem widersetzte sich Metzger. Offen – statt verdeckt wie einst ein Landtagsmitglied bei Heide Simonis – verweigerte sie ihrer Parteivorsitzenden die Stimme. Daraufhin tobte eine Kampagne des Ypsilanti-Lagers gegen die Darmstädter Abgeordnete. Auf Parteiversammlungen versuchten Mehrheiten fortan, Metzger massiv einzuschüchtern, indem sie die direkt gewählte Abgeordnete nieder schrien und ihr parteischädig-

gendes Verhalten. Metzger geriet damit zu einem lebenden Denkmal dafür, was »Abweichlern« in der hessischen SPD an »Hexenjagden« drohen kann bzw. konnte. Anders als in SPD-Funktionskreisen erntete Metzger hingegen bei normalen SPD-Mitgliedern und Wählern viel Respekt und Dank für ihre unbeugsame Haltung.

Selbstverständlich braucht eine Partei, die ihre politischen Ziele verwirklichen will, neben internen Diskussionen auch Geschlossenheit nach innen und außen gemäß der Devise: Gemeinsam sind wir stark. Deshalb ist Fraktionsdisziplin wichtig und legitim. Um sie durchzusetzen, hilft vor allem das Instrument der Kandidatenaufstellung. Illegal ist hingegen der Fraktionszwang, dem sich Metzger unterwerfen sollte, nachdem sie sich geweigert hatte, das zentrale SPD-Wahlversprechen zu brechen – bereits bei Johannes Rau heißt es, gebrochene Versprechen seien gesprochene Verbrechen.

Hätten die Parteichefin und ihre Helfer sich mit der antitotalitären Familiengeschichte Metzgers und ihres Ehemannes näher befasst, der aus einer ehrwürdigen SPD-Tradition stammt, wäre ihnen, so Zastrow, eventuell manche Verwunderung erspart geblieben. Im »Häuserwahlkampf« hatte Metzger beim »Klinkenputzen« unzähligen Menschen – oft gemeinsam mit ihrem angesehenen Schwiegervater – hoch und heilig in die Hand versprochen, eine Kooperation mit der Linkspartei auszuschließen. Daran fühlte sie sich jetzt gebunden und handelte danach. Das nannten viele Genossen parteischädigend. Im Unterschied zu Teilen der SPD trug sie das zentrale Wahlversprechen ihrer Partei aber auch inhaltlich mit großer Überzeugung (Ypsilanti bedauerte später, das Versprechen überhaupt gegeben, nicht es gebrochen zu haben. Andere SPD-Spitzenkandidaten zogen daraus bereits Konsequenzen. Wie aber wäre Ypsilantis Wahlergebnis 2008 ohne das Versprechen ausgefallen?). Mit Metzgers Weigerung scheiterte Ypsilantis erster Anlauf.

Im Verlauf des Jahres 2008 wagte Ypsilanti dann aber einen zweiten Anlauf. Die Initiative dazu kam nun, so Zastrow, von Everts und Walter, die der Linkspartei jetzt stärkere Bekenntnisse zur Demokratie abverlangten (Everts hat eine lesenswerte Dissertation über Rechts- und Linksextremismus im Vergleich verfasst); Bekenntnisse, die bei der Linkspartei auf verbale Zustimmung trafen – gleichzeitig nominierte sie sogenannte Sachverständige von der linksextremen »Roten Hilfe« für

eine Anhörung im Landtag. In einer fraktionsinternen Probeabstimmung bekam Ypsilanti dann (abgesehen von Metzger) tatsächlich alle erforderlichen Stimmen – wie damals Simonis. Zuvor hatten Ypsilanti-Unterstützer den Druck auf die Abgeordneten erhöht und überlegt, das eigene Abstimmungsverhalten (samt Ehering zum Beispiel) per Handy-Foto zu dokumentieren. Umso größer schien Anfang November 2008 die Überraschung vieler Beobachter und Beteiligter, als die »phantastischen Vier« ihr Veto veröffentlichten – kurz vor der geplanten Wahl Ypsilantis im Landtag.

Daraufhin fuhr die hessische SPD-Führung eine Kampagne gegen Tesch, Everts und Walter, die selbst das Vorgehen gegen Metzger in den Schatten stellte, die nun etwas aus der Schusslinie kam – mancher Kritiker äußerte sich nun weniger negativ über sie. Umso stärker geriet nun der Hass gegen Tesch, Everts und Walter, die lange mit sich gerungen hatten. Eine (erfolglose) SPD-Bundestagskandidatin aus Frankfurt am Main, bis heute Mitglied des SPD-Landesvorstandes, bekam in Auseinandersetzungen mit den Abtrünnigen gar, wie sie unter großem Applaus eines Parteitages verkündete, warme Gefühle bei dem Gedanken an frühere Möglichkeiten, Menschen zu foltern (»geerte, gefedert und gevierreilt«), um hinzuzufügen, wenn Lügen kurze Beine hätten, müsste Everts ein Bein abfaulen (Tesch fehlt nach einem schweren Unfall in Kindertagen tatsächlich ein Bein). Aus der Linkspartei kam im NPD-Jargon gar der Vorwurf, bei den »Dissidenten« handele es sich um »hinterlistige Schweine«.

Doch die Abtrünnigen hatten wohl gehofft, es würde nicht zum Schwur kommen; ihre Bedenken (»Bauchschmerzen«) hatten sie gegenüber Ypsilanti frühzeitig artikuliert, obwohl sie erlebt hatten, wie die Mehrheit der hessischen SPD mit freien Abgeordneten umsprangt. Sie hatten ihren späten Mut selbst beklagt, der ihre politische Laufbahn höchstwahrscheinlich beenden würde. Dennoch: Gerade Tesch hatte sich frühzeitig auch gegen massive Widerstände um Metzger gekümmert

und sich einer Dämonisierung Kochs verweigert; gerade sie hätte es sich mit guten Gründen einfacher machen können. Vor allem hatten die vier Abtrünnigen letztlich mit offenem Visier gekämpft – Everts hatte Ypsilanti am Morgen vor der Pressekonferenz, auf der sich die Abtrünnigen offenbaren wollten, telefonisch über ihr Vorhaben informiert, woraufhin die Parteivorsitzende sie laut Zastrow fragte, wer sie gekauft habe – eine Frage, die Everts und ihre Mitstreiter in ihrem Beschluss bestärkte. Zur Pressekonferenz hatten die drei »Spätabweichler« – nach massiven Drohungen bereits gegen Metzger – über einen Parteidirekten und früheren Innenminister beim amtierenden Innenminister diskret sogar Polizeischutz erbeten, den sie bekamen.

Als sie nach der Pressekonferenz erst mal in der Schweiz Abstand zu den Ereignissen und ihren Folgen gewinnen wollten, fühlten sie sich – laut Zastrow nur halb im Scherz – auf der Autobahn fast wie flüchtende Bankräuber. Kurz: Eine spannende und scharfsinnige Schrift, die ein Leckerbissen ist für politische Feinschmecker – gewürzt mit viel Ironie. Letztlich ungeklärt bleibt lediglich, warum Walter & Co. Ypsilanti im November 2008 offenbar aufs Dach getrieben haben, um ihr dann die Leiter wegzuziehen, wie Zastrow formuliert: Eher aus Revanche der innerparteilich Unterlegenen nach einer scharfen Auseinandersetzung oder gar deshalb, weil Ypsilanti Walter mit einem aufgewerteten Verkehrsministerium abspeisen wollte, statt ihm das Wirtschaftsministerium zuzustehen? Oder gewannen wieder grundsätzliche Bedenken gegen die Linkspartei die Oberhand? Oder gab es gar andere ausschlaggebende Gründe?

Kurz: Eine überaus kurzweilige Pflichtlektüre für jeden, der sich für Parteienforschung und insbesondere die gruppendiffusiven Prozesse, die Tricks und Winkelzüge interessiert, mit denen in jeder politischen Partei zu rechnen ist.

Harald Bergsdorf